

IDA-NRW

Informations- und Dokumentationszentrum
für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen

IDA-NRW · Volmerswerther Str. 20 · 40221 Düsseldorf

An den Präsidenten des Landtages NRW
- Hauptausschuss -
Postfach101143
40002 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
17/447

A05, A15



Landesweite Fachstelle
zu Rassismuskritik und
Rechtsextremismusprävention

Volmerswerther Str. 20
40221 Düsseldorf
Tel.: 02 11 / 15 92 55-5
Fax: 02 11 / 15 92 55 69

info@IDA-NRW.de
www.IDA-NRW.de

12. März 2018

Stellungnahme zum Antrag

„Demokratie leben, Demokratie schützen, für Demokratie werben – Politische Bildung muss alle mitnehmen“

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Anhang finden Sie meine Stellungnahme zur Anhörung am 15.03.2018 bezüglich des Antrages „Demokratie leben, Demokratie schützen, für Demokratie werben – Politische Bildung muss alle mitnehmen“.

Mit freundlichen Grüßen

Karima Benbrahim
(Leiterin)

Stellungnahme

„Demokratie leben, Demokratie schützen, für Demokratie werben – Politische Bildung muss alle mitnehmen“

Nordrhein-Westfalen ist ein von Vielfalt geprägtes Land. Das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher sozialer, kultureller und religiöser Herkunft ist Bestandteil des Alltags. Gleichwohl stellen wir als landesweite Fachstelle für Rassismuskritik und Rechtsextremismusprävention fest, dass Vorbehalte, Ablehnung oder offene Feindseligkeit gegenüber Menschen mit Fluchterfahrung und/oder Migrationsgeschichte nicht nur verbreitet sind, sondern in den letzten Jahren sogar zugenommen haben.

Die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien bei den letzten Kommunalwahlen in NRW, die Aktivitäten von Pegida („Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“) mit Ablegern in NRW, die Hassbotschaften in den sozialen Netzwerken im Internet und verbale sowie tätliche Angriffe auf geflüchtete Menschen sowie auf jüdische und muslimische (oder als solche markierte) Menschen sind ein Teil der Veränderungen unserer gesellschaftlichen Realität. Allerspätestens diese Entwicklungen haben deutlich gemacht, dass Rassismus kein Phänomen ist, das sich lediglich in längst vergangenen Zeiten verorten lässt und sich im Zuge einer Gleichsetzung mit rechtsextremer Ideologie in der Gegenwart auf den sogenannten 'Rand' der Gesellschaft beschränkt. Unter dem Eindruck der Zuwanderung von Geflüchteten mehren sich rassistische und rechtsextreme Meinungsäußerungen und Taten, die oftmals mit Zweifeln und Sorgen in der Bevölkerung verbunden sind und sich auch in einer zunehmenden Distanz gegenüber demokratischen Grundwerten und dem politischen System äußern. Dies alles stellt die Gesellschaft und auch die politische Bildung vor große Herausforderungen. Politische Bildung soll Voraussetzungen für politische und gesellschaftliche Urteilsfähigkeit schaffen. Damit leistet sie einen Beitrag zur politischen Sozialisation und zur Entwicklung eigenständiger und mündiger Persönlichkeiten, die demokratische Werte anerkennen. Sie befähigt sie dazu, diese in ihrem Handeln umzusetzen, so heißt es im Integrierten Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus des Landes Nordrhein-Westfalen. Der Soziologe und Sozialarbeitswissenschaftler Albert Scherr schreibt, Ziel der politischen Bildung sei es, „Individuen in die Lage zu versetzen, die ihnen in demokratischen Verfassungen versprochene Position des mündigen Bürgers auch tatsächlich wahrzunehmen. Dies setzt zentral die Entwicklung subjektiver politischer Kompetenz, d. h. eines Wissens um die eigene Fähigkeit und die eigene Zuständigkeit für politische Angelegenheiten voraus“ (Scherr 2008).

Vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen und politischen Polarisierung unterstützt IDA-NRW als landesweite Fachstelle für Rassismuskritik und Rechtsextremismusprävention den im Antrag (Drucksache 17/815) formulierten Beschluss, die politische Bildung in Nordrhein-Westfalen auszubauen und sie für alle zugänglich zu machen. Bei der Frage, wer unter dieses „alle“ gefasst wird, sollte berücksichtigt werden, dass es unter den gegenwärtigen Bedingungen unabdingbar ist, politische Bildung aus der bisweilen anzutreffenden Engführung auf Wissen über staatliche Institutionen und Geschichte hinauszuführen und sie zu verstehen „als Prozess einer kritischen Bewusstwerdung über gesellschaftliche Verhältnisse und die eigene Eingebundenheit darin mit der Perspektive der Veränderung hin zu weniger gewaltvollen Verhältnissen“ (Linnemann 2013). Dies heißt auch sich explizit mit Fragen von Herrschaft und Macht in der Migrationsgesellschaft zu befassen und die Rassismen zugrunde liegende und von Rechtspopulist*innen beschworene natio-ethno-kulturelle „Wir“-und-„Ihr“-Logik (vgl. Mecheril 2003) zu problematisieren.

Aus Sicht des IDA-NRW ist die Beratung, Begleitung, Qualifizierung und Vernetzung im Themenfeld der Rechtsextremismusprävention, der Rassismus- und Antisemitismuskritik und der Migrationspädagogik eine gesellschaftlich bedeutsame, aber zugleich auch von zahlreichen Spannungen gekennzeichnete Arbeit. Sie ist Teil der politischen Bildung und diese wird in der Fachdiskussion vor allem als Selbstbildungsprozess verstanden. Für die außerschulische Bildungsarbeit ist die politische Bildung eine zentrale Aufgabe um junge Menschen bei der Entwicklung zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Individuen zu unterstützen. Dies umfasst auch die Mitgestaltung gesellschaftlicher und politischer Diskurse und die Befähigung zu politischem Handeln. Dazu leisten die Jugendhilfe und die Jugend(verbands)arbeit einen wichtigen Beitrag. Als wichtige Akteure sollten auch Jugendselfstorganisationen ins Auge gefasst werden.

Ausgehend von den obigen Ausführungen lassen sich folgende Punkte zusammenfassen/konkretisieren:

1. Um politische Bildung für alle in NRW zugänglich zu machen ist es notwendig,
 - Träger wie die Jugendhilfe und -arbeit, Jugendverbände sowie (Migrant*innen-)Selfstorganisationen als wichtige Akteure miteinzubeziehen. Die Jugendarbeit bietet vielseitige Möglichkeiten politische Themen von Jugendlichen aufzugreifen und zum Gegenstand der Angebote zu machen, z.B. Ökologie und Nachhaltigkeit, Mobilität, Kinderarmut, Ausgrenzung, soziale Ungleichheit oder strukturelle Diskriminierungen. Die Jugendarbeit legt ein breites Verständnis des Begriffs der politischen Bildung jenseits von der reinen Vermittlung von Wissen über politische Systeme zugrunde. Sie will vielmehr an die Interessen, Erfahrungen und Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen anknüpfen, ihnen die Zusammenhänge zwischen der eigenen Lebenssituation und den politischen/gesellschaftlichen Bedingungen deutlich machen und sie an deren Gestaltung beteiligen. In der demokratisch organisierten Verfasstheit der Jugendarbeit – insbesondere im Rahmen der Jugendverbandsarbeit und in von Jugendlichen selfstorganisiert betriebenen Einrichtungen der Jugendarbeit – liegt ein zentrales Moment für die Entwicklung politischer Handlungsfähigkeit. Kinder und Jugendliche erlangen in den Angeboten der Jugendarbeit nicht nur Wissen über ihre Rechte auf Beteiligung und die strukturell verankerten Möglichkeiten von Partizipation, sondern können dieses Wissen auch in einem geschützten Rahmen und darüber hinaus erleben, ausgestalten und weiterentwickeln. Vor dem Hintergrund der starken Pädagogisierung und Institutionalisierung des Alltags von Jugendlichen bietet die Jugendarbeit Freiräume, indem sie mit ihren Angeboten jungen Menschen den Raum für das Verfolgen ihrer Interessen eröffnet, die Gestaltung durch Jugendliche zulässt und bei Bedarf pädagogisch begleitend zur Verfügung steht. Die Jugendarbeit bietet Räume, Angebote und Möglichkeiten, politisch handelnd aktiv zu werden. So äußert sich politisches Handeln in der Jugendarbeit unter anderem dadurch, dass Jugendliche erfahren, dass sie einen Einfluss zum Beispiel auf die Ausgestaltung von Angeboten, Regeln und das soziale Miteinander in den Einrichtungen der Jugendarbeit haben. Gemeinsam mit anderen Jugendlichen haben sie im Rahmen der Jugendarbeit die Chance, sich für „ihre“ Themen einzusetzen und diese in die Öffentlichkeit zu tragen. Dadurch werden sie zu politisch handelnden Akteuren und Akteurinnen. Politische Selbstwirksamkeit erleben sie, wenn es ihnen gelingt, ihre Forderungen und Vorstellungen gemeinsam mit politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern zu diskutieren, diese zu überzeugen und im Ergebnis Veränderungen zu erreichen. (die vorangehenden Ausführungen beruhen auf dem Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe 2017)

- weitere Zielgruppen ins Auge zu fassen, die für die politische Bildungsarbeit bisher nicht gleichermaßen gut erreicht werden. Diese umfassen neben Betroffenen von sozialen Ungleichheitsverhältnissen auch Menschen mit Rassismuserfahrungen und/oder Menschen mit Fluchterfahrung. Privilegierten wie deprivilegierten 'Gruppen' kann ein Bildungsprozess helfen, „ein Bewusstsein über die eigene Position innerhalb von rassistischen Strukturen zu gewinnen und so eine Sprache für die eigenen Erfahrungen zu entwickeln“ (Linnemann 2013). Aus den unterschiedlichsten Gründen benachteiligte Jugendliche sind in den Engagementformen der Jugendarbeit häufig unterrepräsentiert. Dies hat seine Ursache häufig in fehlenden Zugängen, also in strukturellen Barrieren und nicht passgenauen Angeboten. Mehr junge Menschen zu beteiligen würde gelingen, wenn die von Trägern der Jugendarbeit erprobten und bewährten Methoden und Ansätze noch stärker auf die Vielfalt der Zielgruppe orientiert würden und in der Breite der Angebote Berücksichtigung fänden (Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe 2017). Dies schließt mit ein, (Migrant*innen-)Selbstorganisationen bislang nicht hinreichend berücksichtigter Gruppen junger Menschen stärker einzubeziehen und Herangehensweisen wie Empowerment oder neue Zugänge zu historisch-politischer Bildung unter Berücksichtigung der Erfahrung der jeweiligen Zielgruppe in das Bildungsangebot aufzunehmen.
 - bislang nicht berücksichtigte Positionen und Perspektiven wie die von Lesbischen, Schwulen, Bisexuellen, Trans*/Inter*/- und Queeren Personen (LSBTIQ*) in die politische Bildungsarbeit aufzunehmen.
2. Die Frage nach den Machtverhältnissen und sozialen Ungleichheiten in der Migrationsgesellschaft sollte nicht nur *Gegenstand* von politischer Bildung sein, sondern auch *wegweisend* im Aus- und Aufbau von Institutionen der politischen Bildung – vor allem im Hinblick auf die formellen und informellen institutionellen Regelwerke, Strukturen und Selbstverständnisse der Institutionen, auf die personelle Zusammensetzung, auf die Auswahl von Akteuren und die Formulierung von Zielgruppen sowie auf die Entwicklung von zielgruppenspezifischen Angeboten. Hier wäre nach rassismuskritischen Grundsätzen die Etablierung von selbstreflexiven Praxen angeraten, die die Verwobenheit der eigenen Institution[en] in die gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse von Herrschaft, Macht und sozialer Ungleichheit kritisch beleuchten, hinterfragen und fortwährend „nach Veränderungsperspektiven und alternativen Selbstverständnissen und Handlungsweisen zu suchen, von denen weniger Gewalt ausgeht“ (vgl. Linnemann 2013).
 3. Ein Kuratorium mit der Aufgabe der Aufwertung, Stärkung und gesellschaftlichen Begleitung der Landeszentrale für politische Bildung NRW sollte mit Wissenschaftler_innen und Vertreter_innen zivilgesellschaftlicher Träger besetzt sein, um sicherzustellen, dass keine parteipolitischen Interessen in die Entwicklung von Konzepten und Formaten hineinspielen.

Quellen

Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) (2017): Politische Bildung junger Menschen – ein zentraler Auftrag für die Jugendarbeit. Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ. Berlin, 07./08. Dezember 2017

Integriertes Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Online unter <http://www.nrweltoffen.de/wissen/publikationen/Handlungskonzept-03-web.pdf> (letzter Zugriff: 10.03.2018)

Linnemann, Tobias; Mecheril, Paul; Nikolenko, Anna (2013): Rassismuskritik. Begriffliche Grundlagen und Handlungsperspektiven in der politischen Bildung. In: Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik (ZEP), 36. Jahrgang, Heft 2, 2013

Mecheril (2003): Prekäre Verhältnisse: Über natio-ethno-kulturelle (Mehrfach-) Zugehörigkeit. Waxmann Verlag

Scherr, Albert (2008): Subjektivität als Schlüsselbegriff kritischer politischer Bildung. In: Dokumentation der Fachtagung „Demokratie – lernen & erfahren“. Potentiale der außerschulischen Bildung in Kooperation mit Schule. Eine Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft Berliner Jugendbildungsstätten, des Landesjugendring Berlin e.V. und der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin. Online unter https://www.ljrberlin.de/sites/default/files/LJR_Doku_Fachtagung2_klein.pdf (letzter Zugriff: 10.03.2018)